

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 21.03.2016

PRESSEMITTEILUNG

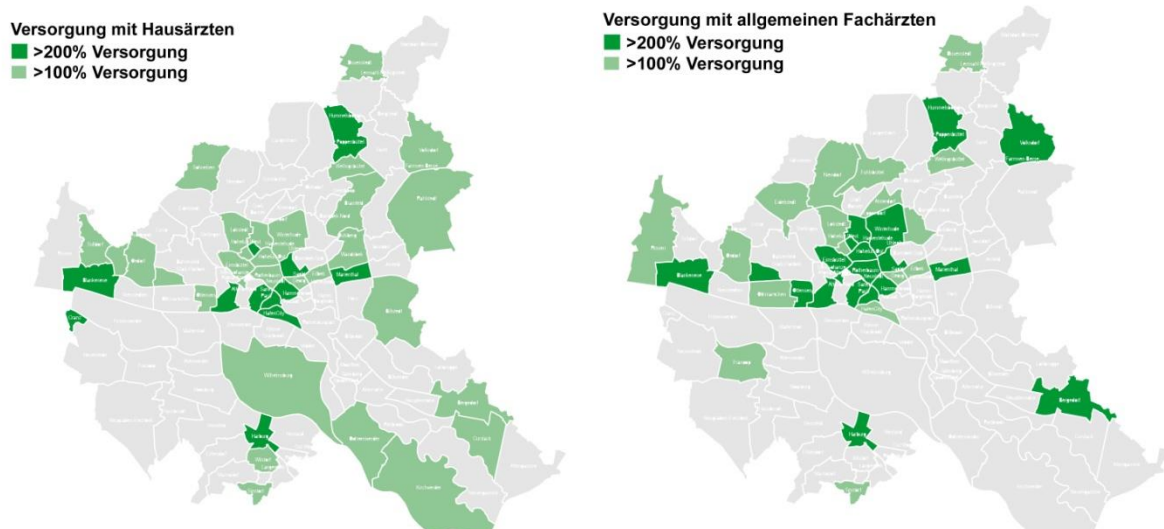
Deutliche vertragsärztliche Unterversorgung im Raum Süderelbe festgestellt. Sowohl für Hausärzte als auch für die Facharztversorgung liegt gemäß Bedarfsplanungsrichtlinie ein zusätzlicher lokaler Versorgungsbedarf vor.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek fordert:

- **Sofortige Prüfung der Unterversorgung im Raum Süderelbe durch den Landesausschuss Ärzte nach §35 (1) BPlanRL**
- **Zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung im Raum Süderelbe nach §35 (5) BPlanRL**
- **Einrichtung neuer Planungsgebiete in der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg**

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verteilung der Zulassungen für niedergelassene Ärzte in der Freien- und Hansestadt Hamburg neu zu regeln. Hintergrund dafür ist eine ungleiche Verteilung von niedergelassenen Ärzten in den Stadtteilen der Freien- und Hansestadt Hamburg. Diese führt zu Versorgungsengpässen in einzelnen Sozialräumen Hamburgs, obwohl die Arztdichte insgesamt gegenüber anderen Bundesländern überdurchschnittlich hoch ist.

Innerhalb Hamburgs ist der Trend zu beobachten, dass sich die vertragsärztliche Versorgung auf wenige Stadtteile konzentriert. Gerade dort, wo in den kommenden Jahren viel Wohnraum entsteht, ist die Versorgung besonders unzureichend.



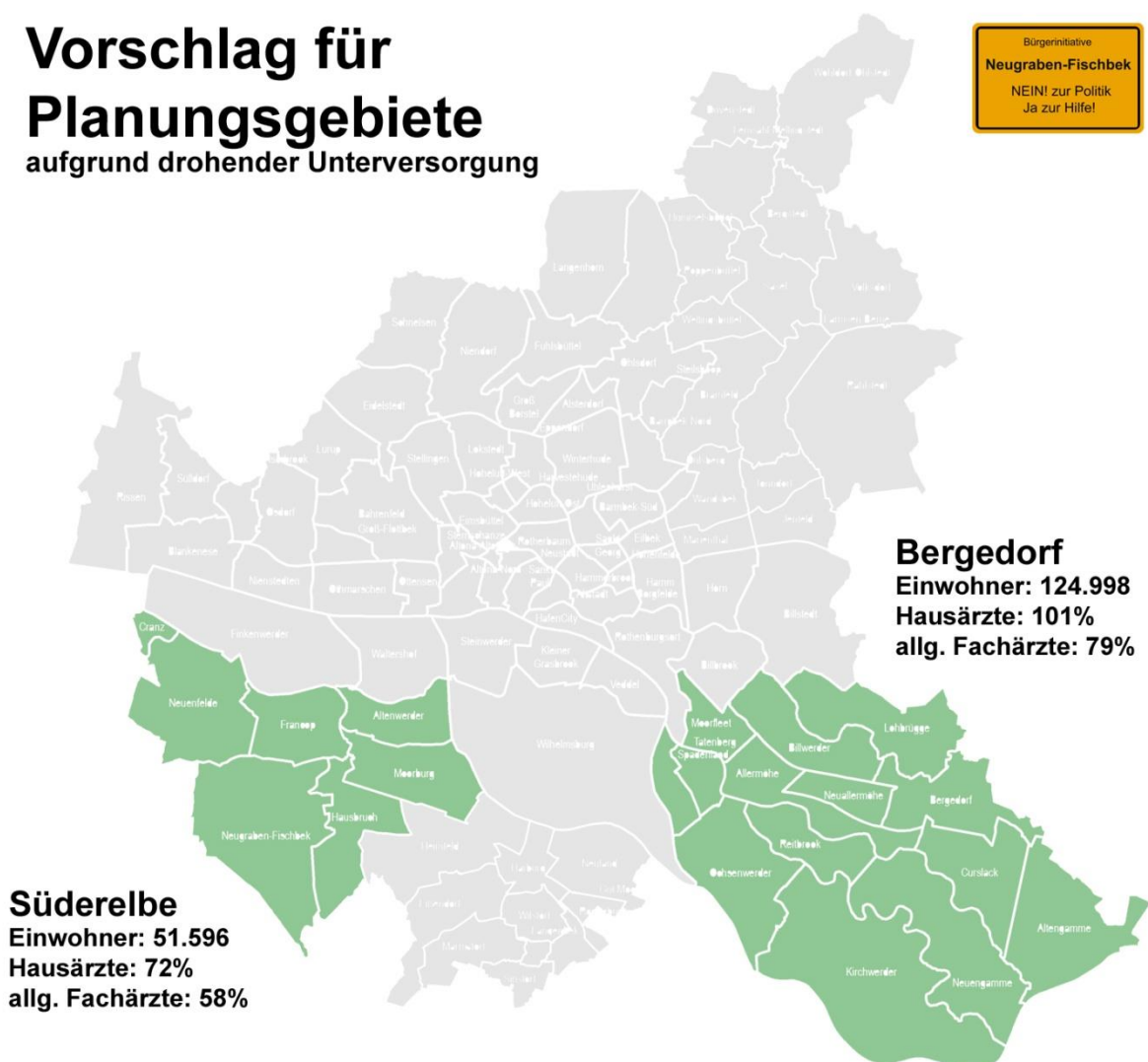
Quelle: Bedarfsplanungsrichtlinie Gemeinsamer Bundesausschuss; Ärzte der KV Hamburg 01.01.2016; Einwohnerzahlen 31.12.2015 Statistik-Nord

Das bedeutet, dass Hamburger Bürger regelmäßig weite Wege in Kauf nehmen müssen, um medizinische Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Dies wird einer Großstadt, insbesondere unter dem Aspekt des demografischen Wandels, nicht gerecht. Gleichzeitig leidet auch die medizinische Versorgung darunter. Im Vergleich zu Praxen mit normalem Patientenstamm müssen überlastete Praxen, die vielfach über ihrem Regelleistungsvolumen behandeln, viel höhere Anstrengungen bei der Sicherung der medizinischen Qualität unternehmen. Es ist zu befürchten, dass unter diesen Umständen medizinisch notwendige Leistungen, trotz der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen, nicht in jedem Fall gewährt werden können. Zudem ist die freie Arztwahl in einigen Gebieten Hamburgs, u.a. im Raum Süderelbe, deutlich eingeschränkt, bzw. nicht mehr vorhanden!

Die Bürgerinitiative fordert daher die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg auf, das bisherige einheitliche Planungsgebiet in drei Gebiete aufzuteilen:

Vorschlag für Planungsgebiete aufgrund drohender Unterversorgung

Bürgerinitiative
Neugraben-Fischbek
NEIN! zur Politik
Ja zur Hilfe!



Quelle: Bedarfsplanungsrichtlinie Gemeinsamer Bundesausschuss; Ärzte der KV Hamburg 01.01.2016; Einwohnerzahlen 31.12.2015 Statistik-Nord

Dadurch können in den zwei neuen Planungsgebieten Bedarfe zielgerichtet festgestellt und durch neue Zulassungen zufriedengestellt werden.

Orga-Mitglied Ute Skolinski: Um einer wachsenden Großstadt gerecht zu werden, muss die medizinische Versorgung dort stattfinden, wo sich auch der Lebensmittelpunkt der Menschen befindet – am Wohnort. Dies ist heute nicht mehr gegeben und eine Entwicklung in diese Richtung war in den letzten Jahren nicht spürbar. Da sich der Markt nicht selbst reguliert hat, muss nun eingegriffen werden. Hamburg wächst und wird in den kommenden Jahren ein nicht dagewesenes Wohnungsbauprogramm erleben, da muss das Angebot an medizinischer Leistung vor Ort Schritt halten. Dafür müssen jetzt die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden.

Orga-Mitglied Sven Blum: Es ist beschämend, dass in einer Großstadt mit einer Überversorgung von mehr als 110% solche regionalen Engpässe entstehen können. Dass dagegen seit Jahren keine Maßnahmen ergriffen werden, zeigt, dass die aktuellen Planungsgrundlagen der KV Hamburg nicht ausreichen. Zeitgleich sollten perspektivisch Wege gesucht werden, die Überversorgung in den anderen Bezirken zurück zu fahren.

Orga-Mitglied Norbert Höbelt: Eine regionale Steuerung von neuen Zulassungen ist durch viele Instrumente denkbar. So z. B. durch

- Schaffung von baulichen Vorleistungen mit Bindung an den Standort,
- günstige Kreditvergabe mit Bindung an den Standort,
- verbindliche Verträge mit Trägern (z. B. MVZ),
- eigenverantwortliche Arztversorgung der Verwaltung (siehe Antrag Neue Liberale Bezirk Harburg Drs. 20-1346).

Hier müssen neue Wege gegangen werden, da eine Selbstregulierung offensichtlich gescheitert ist.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.